

Die Arbeiter, die sich an Streiks beteiligten und faktisch die Provokateure unterstützten, haben gegen ihre eigenen Klasseninteressen gehandelt, da die faschistischen Provokationen den Sturz der Macht der Arbeiter in der DDR, die Wiederherstellung der früheren kapitalistischen Ausbeutung zum Ziel hatten und deshalb eine tödliche Bedrohung für die gesamte Arbeiterklasse bedeuteten.

c) Die in der letzten Zeit in großem Ausmaß durchgeführten, nicht genügend durchdachten und überstürzten administrativen Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsnormen sowie die Entstellungen in der Politik des Sparsamkeitsregimes haben für einige Kategorien der Arbeiter eine teilweise Verschlechterung ihrer Lebenslage gebracht, was unter ihnen Unzufriedenheit hervorrief.

So hat das Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau durch seine eigenmächtige Festsetzung unbegründet hoher Normen eine berechtigte Empörung unter den Arbeitern hervorgerufen. In dem VEB Schleifscheibenfabrik Reick, Dresden, wurde im Mai 1953 ohne Prüfung der Verhältnisse im Betrieb die Arbeitsnormkennziffer um 33 Prozent erhöht. Im Betrieb Kjellberg, Finsterwalde, wurde auf rein administrativem Wege eine Normenzeitsenkung um 25 Prozent verfügt, wodurch die Normen in diesem Betrieb um durchschnittlich 33 Prozent erhöht wurden.

Die bürokratischen Entstellungen in der Arbeit einer Reihe anderer Ministerien und Staatssekretariate haben ebenfalls unter der Arbeiterschaft und anderen Bevölkerungsschichten zu Unzufriedenheit Anlaß gegeben.

d) In einige Organe der Verwaltung und in einige Gewerkschaftsleitungen waren feindliche Agenten eingedrungen, die durch arbeiterfeindliche Maßnahmen (Lohnabbau, Verweigerung der Ausgabe von Arbeitsschutzkleidung, Verletzung der Bestimmungen des Arbeitsschutzes, Ignorierung der sozialen Nöte der Arbeiter u. a.) die Unzufriedenheit künstlich schürten.

13. Die Ereignisse des 17. Juni führten zu einer Belebung der feindlichen, antidemokratischen Elemente in der Politik, der Ideologie und der Wirtschaft, die in verschiedenen Formen Forderungen erhoben, die auf die Schwächung und letzten Endes auf die Beseitigung der demokratischen Ordnung in der DDR gerichtet sind. Die Aufgabe der Partei besteht darin, der Aktivierung dieser feindlichen Kräfte entschlossen entgegenzutreten und vor der Bevölkerung ihr volksfeindliches Wesen zu entlarven.